



Ein Europa der Beschäftigung?

April 19



Dr. Patrick Schreiner
ver.di Bundesverwaltung
patrick.schreiner@verdi.de

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



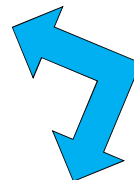
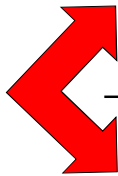
Inhalt

- 1. Vorbemerkung
- 2. Binnenmarkt
- 3. Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 4. Handelspolitik
- 5. Schlussbemerkung

1. Vorbemerkung

Sinn und Zweck des Wirtschaftens

- Zwei Auffassungen von Ökonomie
 - Nullsummenspiel (oder Negativsummenspiel):
Was eine/r bekommt, verliert jemand anderes
 - Standortkonkurrenz
 - Freihandel, Deregulierung
 - Positivsummenspiel: Vorteile bei allen Beteiligten
 - Freihandel, Deregulierung
 - Konkurrenz ausschließlich um Effizienz und Qualität



2. Binnenmarkt

Art. 26 Abs. 2 AEUV

»Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von

- *Waren*
- *Personen*
- *Dienstleistungen*
- *Kapital*

gemäß den Bestimmungen der Verträge gewährleistet ist.«

Tücken des EU-Binnenmarkts: Mobile Beschäftigung

- Niederlassungsfreiheit
 - Werkverträge
- Arbeitnehmer-Freizügigkeit
 - (Befristete) Beschäftigung
- Dienstleistungsfreiheit
 - Entsendung

Tücken des EU-Binnenmarkts: Liberalisierung und Privatisierung

- Integration durch Wettbewerb und Marktöffnung
 - Öffentliche Unternehmen
 - Daseinsvorsorge und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
 - Vergaberecht
- Nationaler Wettbewerbsstaat statt Harmonisierung auf höchstem Niveau
 - Preislicher Wettbewerbsvorteil: Steuern, Löhne
 - Deregulierung, „Entbürokratisierung“
 - Aber auch: Arbeitszeitrichtlinie, Antidiskriminierung



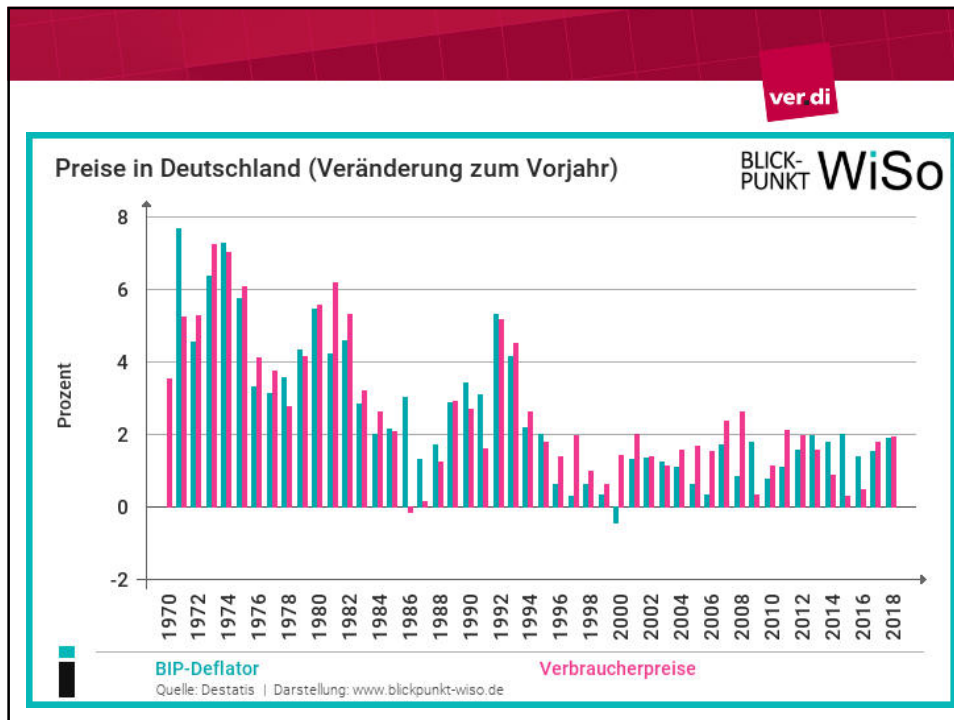
**Tücken des EU-Binnenmarkts:
Schwächung der Mitbestimmung**

- Europäische Aktiengesellschaft „SE“
 - Einfrieren der bestehenden Unternehmens-Mitbestimmung
 - In Deutschland ca. 50 Unternehmen
- Niederlassungsfreiheit
 - Ausländischer Unternehmenssitz oder ausländische Rechtsform = ausländische Mitbestimmung
 - In Deutschland ca. 100 Unternehmen mit ausländischer Rechtsform
 - 2017 EuGH „Polbud“: Rosinenpickerei zulässig

3. Wirtschafts- und Finanzpolitik

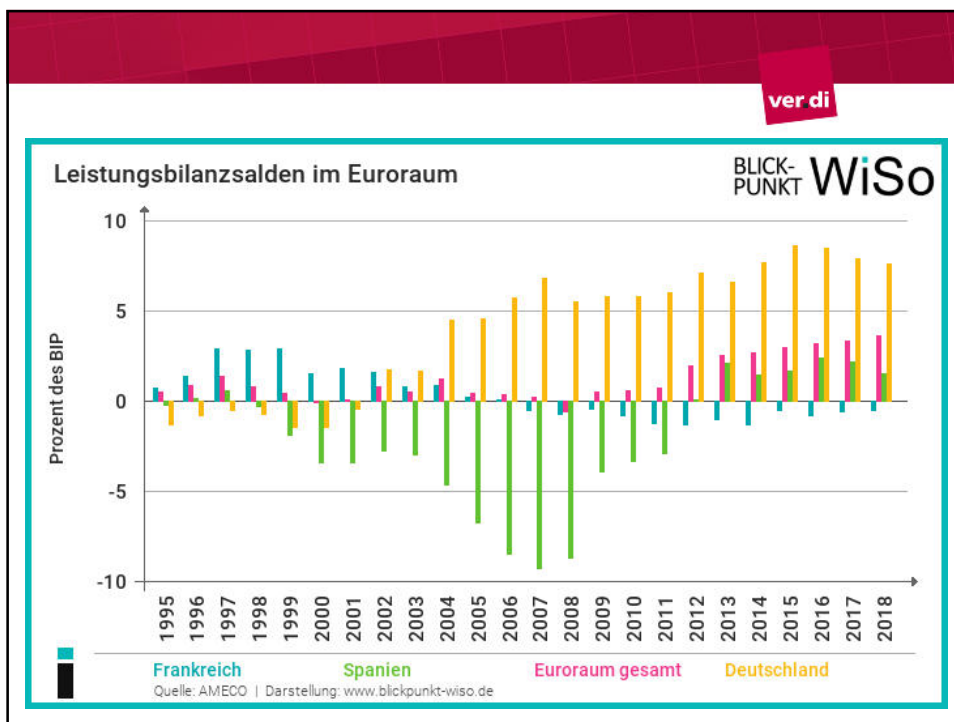
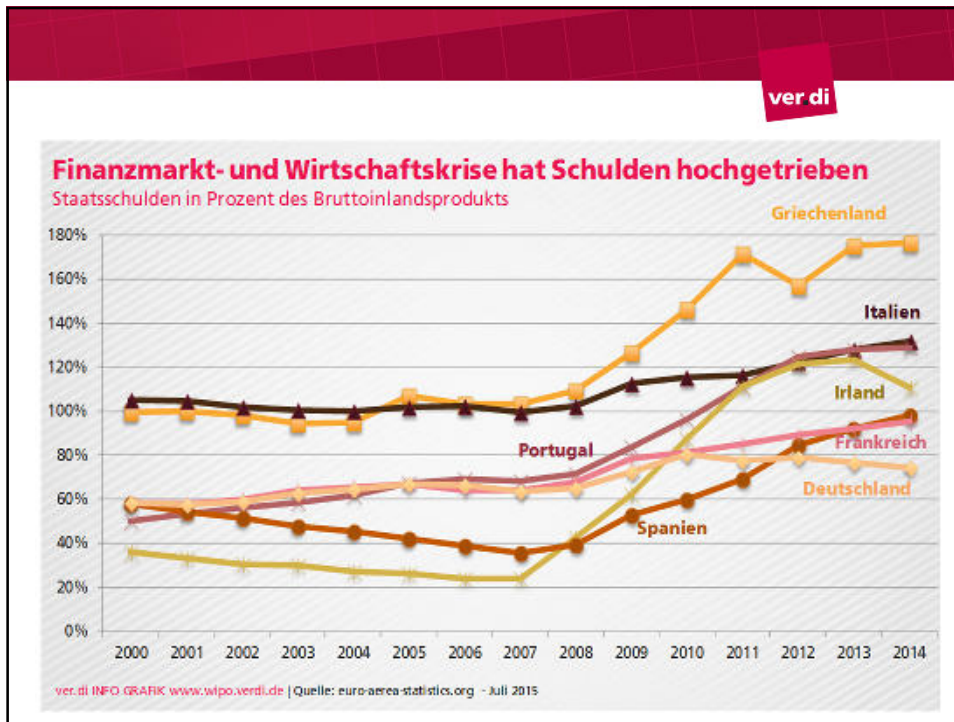
Europäische Währungsunion

- Euro: 1999 als Buchgeld, 2002 auch als Bargeld
- Kernproblem: Euro als fremde Währung
 - Geldversorgung von EZB abhängig
- EZB ist unabhängig
 - Keine demokratische Kontrolle
 - Reine Preisstabilitätsorientierung
 - Verbot der Staatsfinanzierung



Konstruktionsfehler der EWWU

- Einheitlicher Zinssatz trotz unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklung
- Unterschiedliche Lohn- und Preisentwicklung – eine Währungsunion erfordert aber ähnliche Entwicklung der Preise und Lohnstückkosten
- Fixierung auf Staatsdefizite statt auf Leistungsbilanz-Ungleichgewichte und Lohn- sowie Inflationsdivergenzen
- Unzureichende ökonomische und fiskalische Koordination, keine Ausgleichsmechanismen
- Unregulierte Kapitalmärkte



Drei Formen EU-europäischen Interventionismus

- Schwächste Form: Konvergenzinitiativen
 - Empfehlungscharakter
 - ... aber mit Sanktionen unterlegt
- Mittlere Form: EZB-Bedingungen
 - „Reformen“ gegen Ankauf von Staatsanleihen
 - Italien 2011, Griechenland 2015
- Stärkste Form: Memoranda of Understanding
 - Krisenintervention
 - Finanzielle „Hilfen“ gegen „Reformen“

Länderspezifische Empfehlungen im „Europäischen Semester“ 2011-2018

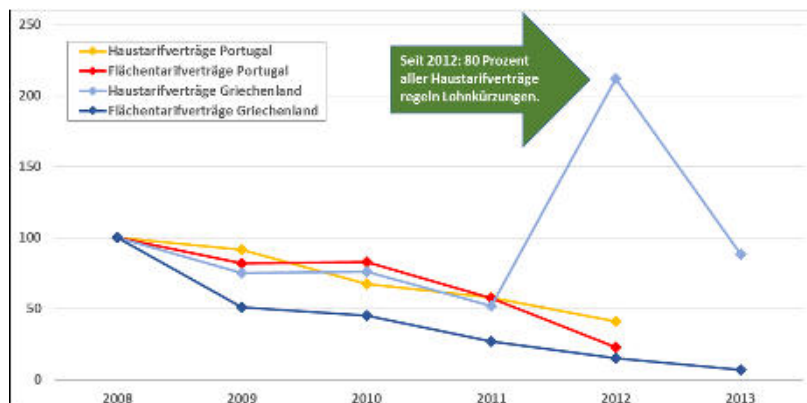
- Senkung oder geringere Anhebung von Mindestlöhnen: 5 Staaten
- Deregulierung oder Dezentralisierung der Lohnfindung: 10 Staaten
- Lockerungen etwa bei Arbeitszeitregeln oder Kündigungsschutz: 10 Staaten
- Abbau von Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder Verstärkung von Sanktionen: 18 Staaten

Europäische Kommission, 2012:

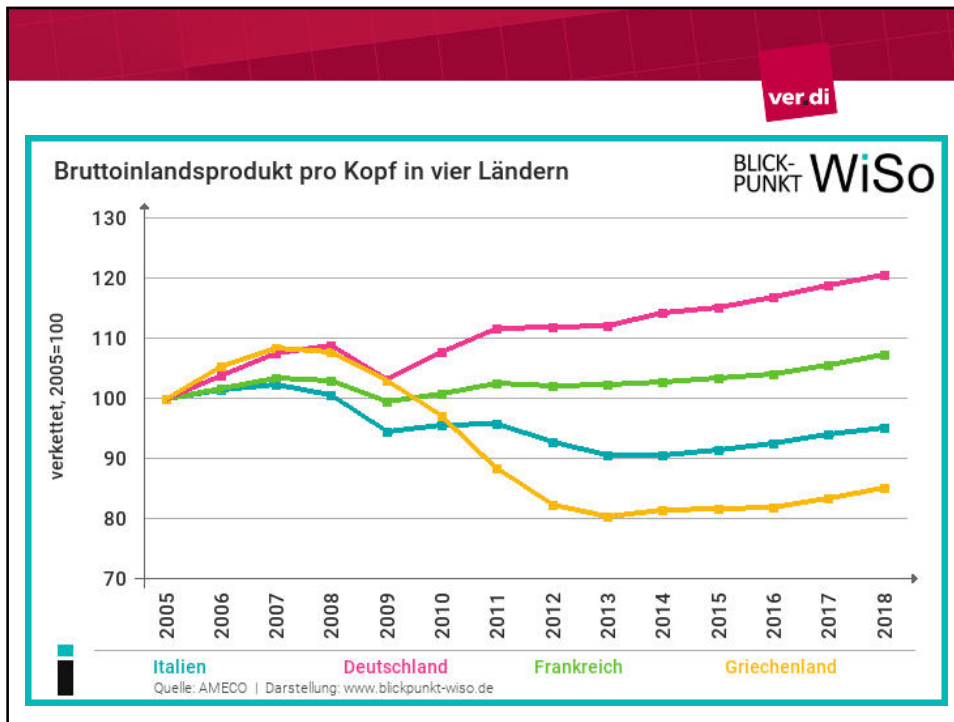
»[...] enacted measures, governmental interventions or tripartite agreements: [...] – result in an overall reduction in the wagesetting power of trade unions«



Entwicklung der Zahl der Tarifverträge, Portugal und Griechenland, 2008-2013



verkettet, 2008=100, Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, eigene Darstellung.



verdi

4. Handelspolitik

Moderne Freihandelsabkommen

- Regelmäßig formulierte Ziele:
 - Marktöffnung durch Abbau von
 - Zöllen (nur von untergeordneter Bedeutung)
 - „Nichttarifären Handelshemmnissen“
 - Absicherung von Investitionen (u.a. ISDS)
 - Schutz geistiger Eigentumsrechte und Herkunftsbezeichnungen
 - Freier grenzüberschreitender Datenfluss
 - Freie Entsendung von Personal
- Ergebnis: Konkurrenz um niedrige Kosten

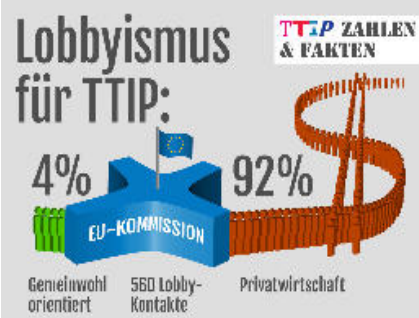
Detlef Wetzel, IGM-Vorsitzender, 2014

»Der Druck würde sich mittelbar aufbauen. Denn Liberalisierung bringt immer eine Verschärfung des Wettbewerbs mit sich. Die Konkurrenz wird härter, in diesem Fall die Konkurrenz Europas mit den USA, wo die Arbeitnehmerrechte deutlich schwächer sind und die Gewerkschaften von der Politik teilweise massiv bekämpft werden.«

Was die EU-Kommission nicht will...

- (Echte) Transparenz
- Positivlisten-Ansatz
- Ausschluss kultureller Dienste
- Ausschluss der Daseinsvorsorge
- Verzicht auf Investor-Staats-Schiedsverfahren
- Verzicht auf Sperrklinken-Klauseln
- Vollumfängliches Ziellandprinzip bei Entsendung
- Durchsetzbare Arbeits- und Sozialstandards
 - Notwendig wären Höchststandards!

Neue Handelsgespräche EU-USA: Wen trifft die Europäische Kommission?



5. Schlussbemerkungen

Die EU ist wichtig, weil...

- ... Europa im globalen Maßstab mit einer Stimme sprechen sollte,
- ... viele Probleme im nationalen Rahmen nicht lösbar sind, etwa Klimawandel und Globalisierung,
- ... es in (wenigen) Teilbereichen Harmonisierung auf höchstem Niveau gibt,
- ... sie zumindest potentiell den Wohlstand steigern könnte,
- ... sie zumindest potentiell Spekulation einschränken und Steuerwettbewerb unterbinden könnte,

..., aber wirtschaftlich und sozial ist sie stark veränderungsbedürftig:

- Neoliberale Politik gegen die Beschäftigten
 - Lohnkürzungen, Schwächung der Gewerkschaften
 - Deregulierung von Arbeits- und anderen Märkten
 - Restriktive Fiskalpolitik
 - Neoliberale Handelspolitik
- Keine Frage der Mehrheitsverhältnisse!
 - Integration durch Binnenmarkt
 - Soziale Rechte sind primärrechtlich nachgeordnet
 - Verträge verpflichten zu neoliberaler Politik
 - Aufgabenstellung und Unabhängigkeit der EZB

Konkurrenz um Effizienz und Qualität?

- Europäische Union: institutionell und politisch auf Konkurrenz um möglichst niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen angelegt
 - Mobile Beschäftigte
 - Öffentliche Unternehmen
 - Daseinsvorsorge
 - Vergaberecht
 - Mitbestimmung
 - Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
 - Internationale Handelspolitik



Vielen Dank!

Lohnt sich das Ganze wenigstens ökonomisch?

- EU-Binnenmarkt
 - 1988 Cecchini-Report: bis 7 Prozent mehr Wachstum durch Binnenmarkt
 - 1993 Schaffung Binnenmarkt
 - 1997 Kommissions-Bericht: Kein zusätzliches Wachstum durch Binnenmarkt eingetreten
- Handelspolitik
 - 2013 CEPR-Studie: bis 2027 jährlich 0,034 Prozent mehr Wachstum durch TTIP

